

(Beifall bei der AfD)

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Böhm, der grundlegende Unterschied zwischen der Oppositionsarbeit der AfD und der der GRÜNEN ist der folgende: Sie schielen auf eine schnelle Schlagzeile und Schaustellerei, wir machen solide Arbeit. Ihr Antrag hatte neun dürre Fragen mit Unterfragen. Er war nicht ausgerechnet. Er war nur eine schlechte Schriftliche Anfrage. Was wir heute vorstellen, sind 234 Fragen, die die Sachverhalte bis ins Detail aufklären werden. Dazu muss man nun einmal Vorermittlungen führen. Das haben wir als verantwortungsvolle Oppositionsführung zusammen mit SPD und FDP getan. Deshalb bin ich stolz auf das, worüber wir heute abstimmen. Deswegen war es richtig, dass wir den dünnen und unzureichenden Antrag Ihrer Fraktion damals abgelehnt haben. Dieser hätte nämlich kein bisschen Aufklärung gebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion der Vizepräsident Markus Rinderspacher. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Corona-Krise haben bis heute in Bayern 18.174 Menschen ihr Leben verloren und unzählige Menschen und Familien einen der Ihren zu Grabe getragen. In der Corona-Krise sind aktuell in Bayern 1.207.000 Menschen mit COVID-19 infiziert. Viele Erkrankte haben zum Teil schwerste Krankheitsverläufe nur mit intensivmedizinischer Unterstützung überstanden. Die Corona-Krise hat über unser Land viel Leid gebracht, Schmerz und Unglück, Not und Kummer. Aber es gab auch Krisengewinner. Der CSU-Abgeordnete Sauter hat mit Maskengeschäften wohl 1.243.000 Euro Gewinn gemacht. Der CSU-Abgeordnete Nüßlein hat mit Maskengeschäften wohl 660.000 Euro herausgeschlagen. Die Tochter des früheren CSU-Spitzenpolitikers Tandler hat mit Deals rund um die Beschaffung persönlicher Schutzausrüstung laut Medienberichten einen Gewinn von 30 bis 50 Millionen Euro eingesteckt. Des einen Leid, des anderen Freud.

In der Geschichte des Bayerischen Landtags gab es seit dem Jahr 1946 65 Untersuchungsausschüsse, zuletzt GBW-Wohnungen, Bayern-Ei, Modellbau, Gustl Molath und natürlich der Untersuchungsausschuss zum Landesbank-Desaster, als die damalige CSU-Alleinregierung zehn Milliarden Euro bei der Hypo Group Alpe Adria verschleudert hat. In meiner parlamentarischen Laufbahn habe ich als früherer langjähriger Oppositionsführer viele Untersuchungsausschüsse mit initiiert und miterlebt. Ein solch dreistes und unverschämtes Krisengewinnlertum ist mir in all den Jahren im Bayerischen Landtag aber noch nicht untergekommen.

Die Masken, die die CSUler vermittelt haben, waren keine Schnäppchen. Sie waren zum Großteil sündhaft teuer. Diese Masken wurden mitunter zu Mondpreisen vermittelt. Diese Masken hatten in großer Zahl keine validen Zertifikate und waren mitunter unbrauchbar. Diese Masken wurden von den Abgeordneten auch nicht vermittelt, weil damit dem Staat Geld oder Aufwand erspart werden und man dem Gemeinwesen aus der Patsche helfen wollte, weil man den Staat unterstützen wollte. Nein, das Motiv dieser Abgeordneten war nicht Uneigennützigkeit. Im Übrigen räumte der Abgeordnete Sauter mittlerweile ein, er sei schließlich Unternehmer. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein bemerkenswertes Verständnis von Unternehmertum. Das ist ein untragbares Selbstverständnis als Abgeordneter in diesem Hohen Haus.

(Beifall bei der SPD)

Während Menschen in der Pandemie um ihre Existenz und um ihr Leben kämpften, haben sich konservative Politiker und deren Umfeld an der Corona-Krise bereichert. Wenn ein Politiker für einen einzigen Anruf in der Staatskanzlei oder eine SMS an eine Ministerin im Ergebnis mehr Geld erhält, als eine Pflegekraft in zehn Jahren verdient – das Bild stammt von unserem Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn –, dann wirft das Fragen auf, mindestens 234.

Der damit verbundene Vertrauensverlust in die Politik im Gesamten ist immens. Das Parlament ist der Bürgerschaft Aufklärung schuldig, welche Personen und Systeme hinter dieser Vetternwirtschaft stecken. War das bekannte Amigo-Prinzip "eine Hand wäscht die andere" bei der Beschaffung von Masken und Schutzausrüstung grundlegend? Was wurde beschafft? Welche Preise wurden bezahlt? Wie kamen die Verträge zustande? Welche Politiker waren in welcher Form beteiligt? Wer trägt in der Regierung die Verantwortung? Welche Rolle spielte beispielsweise Frau Gesundheitsministerin Melanie Huml? Welche Rolle spielte Wirtschaftsminister Aiwanger? Welche Verantwortung trägt eigentlich Ministerpräsident Dr. Söder, der in der Pandemie über weite Strecken in täglichen oder halbtäglichen Pressekonferenzen den Eindruck vermittelte, er würde sich um jedes Detail kümmern? – Reines Blendwerk. Er hat da weggeschaut, wo er besser einmal ein bisschen genauer hingeguckt hätte.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden mit Herrn Dr. Söder im Untersuchungsausschuss ganz sicher auch über die Frage politischer Gesamtverantwortung sprechen. Wenn man mit dem Zeigefinger und klugen Ratschlägen auf andere Bundesländer zeigt, sollte man zumindest einen Blick dafür haben, wenn es in den eigenen Reihen und in der eigenen Regierung zu unhaltbaren Situationen und Zuständen kommt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist die bayerische Maskenaffäre keine Affäre Sauter allein. An zweifelhaften Geschäften sind immer mindestens zwei beteiligt, nämlich beide Vertragsparteien und/oder auch die Vermittlung. Es geht um den begründeten Verdacht von Günstlingswirtschaft und Vorzugsbehandlung im Rahmen öffentlicher Auftragsvergaben durch die CSU/FREIE WÄHLER-Regierung. Es geht um die Frage, inwieweit Politiker persönliche Kontakte für Freundschaftsdienste genutzt haben. Es geht um die Frage von rechtschaffenem, seriösem und verantwortungsvollem Verwaltungs- und Regierungshandeln. Es ist natürlich von erheblichem öffentlichen Interesse, ob die Regierung Dr. Söder bei der Beschaffung von Corona-Schutzausrüstung stets einwandfrei und untadelig gehandelt hat – das wird offensichtlich infrage gestellt – oder ob sie mit Filz und Patronage das Allgemeinwohl beschädigt hat. Wenn Ministerien befreundeten Kontakten quasi auf Zuruf unter Umgehung von Sorgfaltspflichten sorglos Staatsaufträge im Millionenmaßstab im Schnellverfahren geben, ist das mit der Begründung "Es ist halt Krise gewesen" eben nicht getan. Das muss aufgeklärt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die bayerischen Maskenaffären sind mit der Durchsetzung der langjährigen Oppositionsforderung nach einem Lobbyregister und der Novellierung des Abgeordnetengesetzes nicht erledigt. Die sogenannten Maskenaffären – es sind mehrere – sind auch nicht durch das Fehlereingeständnis der Regierung öffentlich geworden. Die Generalstaatsanwaltschaft München hat diese Deals enthüllt. Unabhängige Journalisten haben darüber berichtet. Wie gut, dass wir eine funktionierende Demokratie haben. Unser Fraktionsvorsitzender von Brunn hat den ORH eingeschaltet und einen Sonderermittler gefordert. Die Staatsregierung ließ viele parlamentarische Fragen unbeantwortet und hat gemauert. Wir hoffen, dass sich das mit dem

heutigen Tag ändert. Wir hoffen, dass wir auf unsere Fragen Antworten erhalten werden. In den Vorgesprächen auch mit den Abgeordneten der CSU war ein gemeinsamer Aufklärungswille erkennbar. Ich schließe mich dem Dank des Abgeordneten Siekmann an. Das ist eine gute Basis für die notwendige Aufklärungsarbeit, die jetzt ansteht. 234 komplexe Fragen, vor uns liegt viel Arbeit. Arbeiten wir gemeinsam daran, den riesigen Scherbenhaufen zusammenzukehren, den Filz- und Günstlingswirtschaft, Habgier und Gewinnsucht angerichtet haben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Dr. Helmut Kaltenhauser. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine der Hauptaufgaben der Opposition ist die parlamentarische Kontrolle. Dazu gibt es unterschiedliche Mittel. Der Untersuchungsausschuss ist sicherlich das schärfste Schwert der parlamentarischen Kontrolle. Deshalb will es wohlüberlegt sein, ein solches Instrument wirklich zu nutzen.

Meine persönliche Vorstellung von Opposition ist keine rein konfrontative Arbeit. Außerdem soll die Öffentlichkeitswirkung nicht unbedingt im Vordergrund stehen. Wäre es darum gegangen, alte, bekannte und von den Medien bereits aufgegriffene Fälle noch einmal auszubreiten, wäre ich sogar gegen einen Untersuchungsausschuss gewesen. Wenn ich mir aber die Entstehungsgeschichte dieses Untersuchungsausschusses anschau, dann ist die demokratische Opposition zuerst einmal aus Verfahrensgründen dazu gezwungen, ein solches Instrument anzustoßen. Wie vorhin schon betont wurde, wurden Anfragen monatelang nicht oder nur maximal ausweichend beantwortet. Das können wir beliebig belegen. Ein Beispiel von mir: Ich habe drei ausstehende Anfragen, die ich am 17. August 2021 eingereicht und zu deren Beantwortung ich mehrfach Fristverlängerungen erhalten habe; die letzte ging bis zum 19.11.2021; bis heute habe ich noch keine Antwort. Das ist ein schönes Beispiel, von denen es noch mehr gibt.

Zur Vermeidung hatten wir die Einsetzung eines Sonderermittlers vorgeschlagen; das ist vorhin auch schon erwähnt worden. Das wurde in einer Weise abgelehnt, die man brüsk oder arrogant nennen kann. Auch inhaltlich wurden wir zu diesem Untersuchungsausschuss geradezu gezwungen; denn je mehr Fragen wir gestellt haben, desto mehr Verquickung von Abgeordnetenmandat einerseits und Verfolgung eigenwirtschaftlicher Interessen andererseits kam ans Tageslicht. Deshalb beschleicht uns alle und insbesondere die Bürger der Verdacht, dass das bisher Gesehene nur die Spitze des Eisbergs sein kann.

Im Zuge dieser Maskenaffäre haben sich wirklich Abgründe aufgetan: Politiker, die sich die Taschen vollmachen, während andere um ihre Existenz bangen. Das ist Wasser auf die Mühlen der Leute, die Verschwörungstheorien verbreiten und unsere Demokratie in Zweifel ziehen. Nicht zuletzt deshalb darf die politische Aufklärungsarbeit nicht weiter nur den Zeitungen überlassen bleiben. Deshalb wollen und müssen wir im Interesse des Ansehens der demokratischen Institutionen unserem Land ein Gesamtbild verschaffen und über die Geschäfte des Freistaates mit Abgeordneten und mittels Abgeordneter aufklären.

Dabei stellen sich immer wieder die gleichen Fragen: Welche Gelder sind direkt oder indirekt an Abgeordnete geflossen? Waren die Vergaben auch unter Berücksichtigung der besonderen Umstände der Pandemie wirklich rechtmäßig? Wie sieht es mit Compliance-Regeln und deren wirksamer Umsetzung aus? Mich würde einfach einmal interessieren, ob der einzelne Beamte wirklich weiß, wie er